

**Interpellation SP-Fraktion:
«Forderungen des KLV**

In seiner Resolution vom 30. Oktober 2010 nimmt der Kantonale Lehrerinnen- und Lehrerverband St.Gallen (KLV) deutlich Stellung zur Situation der Lehrpersonen der Volksschule in unserem Kanton. Sicher hat die Regierung bereits Kenntnis genommen von dieser Resolution des Berufsverbandes St.Galler Lehrerinnen und Lehrer. Das Papier ist auch auf der Homepage des KLV einsehbar.

Der KLV stellt in seiner Resolution fest, dass die Löhne der Lehrpersonen gemäss einer Studie von Pricewaterhouse Coopers deutlich tiefer seien als die Löhne vergleichbarer Berufe in der Privatwirtschaft. Bei der Dienstalterszulage rangiert unser Kanton abgeschlagen am Schluss der schweizerischen Statistik. Weiter hält der KLV fest, dass das Pflichtpensum der Lehrerinnen und Lehrer zu hoch und unter den heutigen Anforderungen nicht mehr erfüllbar sei. Die durchschnittlich stark gestiegene Arbeitszeit steht nicht zuletzt auch in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis mit der gesunkenen Berufszufriedenheit der Lehrpersonen.

Die Resolution mündet in konkreten Forderungen. So will der KLV, dass die Löhne massiv steigen und die Anzahl der Pflichtlektionen gesenkt werden. Auch fordert der Berufsverband, dass die Qualität der Ausbildung der Lehrpersonen hoch bleiben muss und nicht verwässert werden darf, dies auch im Zusammenhang mit der drohenden Lehrpersonenknappheit. Letztlich fordert er die Politik auf, langfristig zu investieren statt kurzfristig zu sparen.

Im Zusammenhang mit der erwähnten Resolution bitten wir die Regierung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Geht die Regierung mit der Einschätzung des KLV einig, dass die Löhne der St.Galler Lehrerinnen und Lehrer zu tief sind?
2. Ist die Regierung gewillt, im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Berufsbildes und des Berufsauftrages auch über die Entlohnung zu diskutieren?
3. Wie stellt sich die Regierung zur Forderung, dass die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer gesenkt werden muss?
4. Wie will die Regierung die hohe Qualität der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer gewährleisten?
5. Wie stellt sich die Regierung zur Forderung, im Bildungsbereich langfristig zu investieren statt kurzfristig zu sparen?»

29. November 2010

SP-Fraktion